AKTUELLE NACHRICHTEN Deutschland
NACHRICHTEN AG
11. Januar 2025

Grüne warnen: CDU-Politik gefährdet Klimaschutz und Zukunft Deutschlands!

Die Grünen kritisieren CDU/CSU-Pläne für eine Rücknahme von Klimaschutzmaßnahmen; BDI fordert massive Investitionen für eine klimaneutrale Zukunft.

Angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen in Deutschland thematisiert der Vorsitzende der Grünen, Felix Banaszak, die Auswirkungen der Parteipläne von CDU und CSU auf den Klimaschutz. Er äußert Bedenken, dass die Vorschläge der Koalitionspartner rückwärtsgewandt und gefährlich seien, wodurch die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährdet würden. Besonders in der derzeitigen Diskussion rund um die Bundestagswahl am 23. Februar wird klar, dass diese Thematik im Fokus steht. Banaszak befürchtet, dass die Union bereits Erreichtes im Bereich des Klimaschutzes zurücknehmen möchte, was Deutschland möglicherweise zum „Industriemuseum“ machen könnte, wie **radioherford.de** berichtet.

Umso mehr stellt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in diesem Kontext massive Investitionen für eine klimaneutrale Modernisierung in den Vordergrund. Holger Lösch, stellvertretender BDI-Hauptgeschäftsführer, hebt hervor, dass ein zusätzlicher staatlicher Finanzierungsbedarf von bis zu 400 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre erforderlich sei. Diese Mittel sollen insbesondere in Bereiche wie Verkehrswege, Kitas, Schulen, Wohnungsbau und Klimaschutz fließen. Die Industrie hat die Dringlichkeit erkannt: Um nennenswerte Fortschritte im Klimaschutz zu erzielen, sind Lösungen notwendig, die sowohl Wachstum als auch Nachhaltigkeit miteinander verbinden. Ein wichtiges Anliegen ist dabei, dass die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht durch zu strikte Klimaziele gefährdet – ein Aspekt, den Banaszak in seiner Argumentation adressiert.

Der Bedarf an Klimaschutz und wirtschaftlichem Wachstum

Banaszak betont den Anstieg des Anteils erneuerbarer Energien in den vergangenen drei Jahren und versichert, dass die Grünen beim Klimaschutz Kurs halten werden. Parallel dazu plant die CDU, die Strompreise um mindestens fünf Cent pro Kilowattstunde zu senken, was über eine Reduktion der Stromsteuer und der Netzentgelte erfolgen soll. Zudem steht im Raum, das Verbot von Verbrennungsmotoren zurückzunehmen, um der Automobilindustrie zu helfen. Dies ist ein Punkt, der bei den Grünen auf scharfe Kritik stößt und die Debatte um den angemessenen Umgang mit dem Klimawandel weiter anheizt.

Der BDI weist darauf hin, dass für die klimaneutrale Transformation enorme Investitionen in kurzer Zeit nötig sind. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Entwicklung notwendiger Infrastrukturen, wie Strom-, Wasserstoff- und CO2-Netze, müssen dringend beschleunigt werden. Die EU ist sich ihrer Verantwortung bewusst: Sie trägt etwa acht Prozent zu den weltweiten Treibhausgasemissionen, Tendenz sinkend. Um die globalen Klimaziele zu erreichen, ist ein koordinierter Ansatz

innerhalb der EU unabdingbar. Dies steht im Einklang mit den jüngsten klimawirtschaftlichen Zielen der EU, die eine Reduktion der Treibhausgase um 90 Prozent bis 2040 vorsehen, wie **bdi.eu** bestätigt.

Künftige Herausforderungen und strategische Ausrichtungen

Die Diskussion um Klimaziele ist auch untrennbar mit den politischen Zielsetzungen der EU verbunden. Das EU-Klimagesetz, das im Juli 2021 verabschiedet wurde, stellt die rechtliche Grundlage für eine Treibhausgasneutralität bis 2050 dar. Ziel ist es, die Emissionen bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren. Die langfristige Strategie „Ein sauberer Planet für alle“ und das REPower EU-Maßnahmenpaket sollen den Übergang zu sauberer Energie beschleunigen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren. Diese Strategien fördern nicht nur die Reduzierung klimaschädlicher Aktivitäten, sondern auch die Anpassung an den Klimawandel, wie das **Umweltbundesamt** beschreibt.

Insgesamt ist die Debatte um Klimaschutz, Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung in Deutschland und der EU komplex und kontrovers. Die unterschiedlichen Positionen und Vorschläge der politischen Akteure werden in den kommenden Wochen und Monaten eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Zukunft des Landes spielen.

Details	
Quellen	• **www.radioherford.de** • **bdi.eu**

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net